



Liebe Friedländerinnen und Friedländer!



Die vielen Katastrophenmeldungen seit Beginn dieses Jahres wollen nicht abreißen. Erst der Orkan „Friederike“, dann der nicht enden wollende „Dieselskandal“, die im Eilverfahren ver-

abschiedeten Landschafts- bzw. Naturschutzverordnungen auf Kreisebene, die wie eine Enteignung für die Landbesitzer wirken. Und dann die Debatten in der „Großen Politik“! Und vieles davon hat etwas Gemeinsames: Es wird zu wenig mit den Betroffenen gesprochen. Es wird aus meiner Sicht zu wenig aufgeklärt.

Die Asyldebatte von Mitte/Ende Juni war nicht nachvollziehbar. Ging es um das Thema, war es Machtgerangel oder Wahlkampf? Das Thema „Flüchtlinge“ ist viel zu ernst, als dass man es für Wahlkampfthemen oder zum Machtgerangel missbrauchen sollte. Unsere Bundeskanzlerin hat 2015 entschieden, dass die Grenzen geöffnet werden und die Flüchtlinge bei uns aufgenommen werden. Jeder von uns war überrascht, welche Mengen von Menschen hier ankamen. Wir haben bewiesen, dass wir ein freundliches Volk sind und haben die Flüchtlinge willkommen geheißen. Was fehlte, waren Möglichkeiten, diese Mengen kurzfristig unterzubringen und mit dem Notwendigsten zu versor-

gen. Viele haben sich intensiv gekümmert und das Beste daraus gemacht. HOCHACHTUNG! Lediglich die staatlichen Stellen brauchten nicht nur deutlich mehr Personal, sondern auch Zeit. Hier wäre es angebracht die Wege deutlich zu vereinfachen und schneller zu Entscheidungen zu kommen. Die Gesetze gibt es, sie müssen nur angewandt werden!

Leider gab es unter den Flüchtlingen einzelne, die mit weniger guten Gedanken kamen und unsere Gastfreundschaft missbrauchten. Aber daraus den Schluss zu ziehen, wie es viele Populisten tun, eine Hetzkampagne abzuleiten und die Forderung aufzustellen, die Grenzen zu schließen, halte ich für absolut falsch. Um die Flüchtlingsströme einzudämmen, wäre es besser bereits die Quelle zum Versiegen zu bringen und in den Heimatländern sinnvoll zu helfen. Unser Wohlstand wurde auf dem Rücken der Länder aufgebaut, aus denen viele der Flüchtlinge stammen. Regierungen, die ihr Volk unterdrücken und eklatant Menschenrechte missachten, wurden unterstützt. In Europa muss eine vernünftige Flüchtlingspolitik her. Aber wir lassen uns auch nicht von einem ambivalenten US Präsidenten, sagen, was wir tun sollen. Dabei sollten wir uns als CDU auch daran erinnern, dass die Gründer unserer Partei sich an christlichen Grundwerten orientierten. Der frühere Bundesarbeitsminister Norbert

Blüm hat im Juli in Weltonline in einem Interview darauf hingewiesen, und zu mehr Sachlichkeit aufgerufen, die sich an christlichen Grundwerten orientiert, d.h. Achtung des Menschen und christliche Nächstenliebe!

In unserer Gemeinde Friedland gelten die christlichen Grundwerte noch. Hier wurden unter größten Anstrengungen und Belastungen viele Flüchtlingsaktionen seit 1945 gemeistert. Wir werden auch noch anderes meistern, wie z.B. die Kindergartenfreibeträge, das „Weiche Wasser“, das „schnelle Internet“ und die Infrastruktur unserer Gemeinde. Hierzu hat sich die CDU Friedland im April zu einer Klausurtagung getroffen und Themen zusammengetragen. Aber dazu später mehr in diesem Heft.

Ihnen wünsche ich nun noch einen schönen Sommer, den Landwirten nach der abgeschlossenen und durchaus bescheidenen Ernte eine gute Herbstbestellung und den Waldbesitzern noch eine erfolgreiche Aufarbeitung des Windwurfes!

Melchior Freiherr v. Bodenhausen

Melchior Freiherr v. Bodenhausen,
Vorsitzender des
CDU-Gemeindeverbandes Friedland



Apotheke Groß Schneen
Andreas Riebold

Ihre Gesundheit liegt uns am Herzen

Unsere Dienstleistungen:

- ✓ Umfassende Beratung
- ✓ Lieferung aller Produkte frei Haus
- ✓ Anfertigung aller Rezepturen
- ✓ Verleih von Babywaagen und Milchpumpen
- ✓ Verleih von Inhaliergeräten
- ✓ Maßanfertigung von Kompressionsstrümpfen

Landstraße 4
37133 Groß Schneen
Telefon 05504 8280
Telefax 05504 8200
info@apothke-gross-schneen.de
www.apothke-gross-schneen.de

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8 – 19 Uhr, Samstag 8 – 13 Uhr



Landhaus Biewald
HOTEL & RESTAURANT

Tel. 05504 9350-0
www.biewald-friedland.de



Landgut von Bodenhausen GbR

Verkauf von

- Wildbret aus heimischen Revieren
- viele Wildspezialitäten
- Kartoffeln

freitags 15 – 18 Uhr
Tel. 05504 8523



PHYSIO-THERAPIE-Praxis

www.physiotherapie-ciesielski.de

Physiotherapiepraxis Natascha Ciesielski
Tel. 05504 8057939



Praxisgemeinschaft Groß Schneen

Ergotherapie Logopädie

Michael Baumann Evelyne Schönewald

Landstr. 24a • 37133 Groß Schneen
Tel. 0 55 04 . 94 91 00
www.praxisgemeinschaft-gross-schneen.de



Gartenpflege Gottschalk

Gartengestaltung
Gartenpflege · Winterdienst

Fabian Gottschalk
Tel. 0163 21 86 035
www.gartenpflege-gottschalk.de

Koalition beschließt beitragsfreie Kindergärten – CDU entlastet junge Familien



Hannover. Niedersachsen führt zum 1. August 2018 die Elternbeitragsfreiheit in Kindergärten und der Tagespflege ein. Das hat der Landtag mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und SPD beschlossen. Für den CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Ehbrecht wird das bedeutendste familien- und bildungspolitische Projekt der vergangenen Jahre damit umgesetzt: „Wir entlasten junge Eltern, stärken Familien und damit die Mitte der Gesellschaft. Familien und Bildung stehen ganz klar im Fokus der CDU. Der kostenfreie Zugang zu frühkindlicher Bildung im Kindergarten war und ist ein zentrales Ziel dieser Landesregierung.“

Die CDU-Landtagsfraktion hatte ihre Zustimmung zur Novellierung des KiTa-Gesetzes bis zuletzt an die Bedingung geknüpft, dass die Elternbeitragsfreiheit nicht zulasten der Kommunen erfolgt und auch der Besuch einer Tagespflege kostenfrei wird, sofern der Rechtsanspruch

auf Betreuung hierdurch erfüllt wird. „Beides haben wir erreicht. Das Land steht zu seiner Verantwortung und stellt den Kommunen die hierfür benötigten Mittel zur Verfügung“, sagt Ehbrecht. Der von der CDU ins Spiel gebrachte Härtefallfonds habe die notwendige Bereitschaft der Kreise und Gemeinden ermöglicht. „Wir danken den kommunalen Spitzenverbänden ebenso wie Finanzminister Reinhold Hilbers, die bei allen unterschiedlichen Interessen das gemeinsame Ziel nie aus den Augen verloren haben: Die Entlastung junger Familien in Niedersachsen.“

In einem nächsten Schritt soll nun die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen gesichert und weiter ausgebaut werden. „Wir wollen die Attraktivität des Erzieherberufes steigern, in die Dualisierte Erzieherausbildung einsteigen und stufenweise zu einem besseren Betreuungsschlüssel kommen“, so Ehbrecht. CDU und SPD haben die Landesregierung aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen.

Thomas Ehbrecht

Kommentar zur Beitragsfreiheit in den Kitas



Ja, junge Familien werden entlastet. SPD und CDU haben diese Entscheidung im Landtag getroffen und garantieren Kindern ab dem 3. Lebensjahr den beitragsfreien Besuch einer Kindertagesstätte (oder Tagespflege) bis zu 8 Stunden. Das hört sich prima an und ist dem Wahlversprechen von 2017 geschuldet. Hier an der Basis wären wir gerne etwas mehr mit einbezogen worden.

Aber bei der Beitragsfreiheit allein darf es nicht bleiben. Die Arbeitsbedingungen an der Basis müssen dringend angepasst werden. Der enorme Fachkräftemangel und die steigenden Anforderungen und Erwartungen an die Kitas, bringen die Pädagogischen Fachkräfte an den Rand der Belastbarkeit. Dazu kommt der durch die Beitragsfreiheit nicht zu kalkulierende Wunsch nach längeren Öffnungszeiten. Die Belastung wird also weiterhin zunehmen.

Überstunden und Mehrarbeit sind die Regel, damit eine Betreuung der Kinder gewährleistet werden kann. Die Folge, vermehrte Krankmeldungen, Überlastungsanzeigen aus den Einrichtungen, Ausstieg aus dem Erzieherberuf und das steigende Gefühl, dass die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen nicht wertgeschätzt wird.

Neben dem Kita-Gesetz müssen die Rahmenbedingungen dringend angepasst werden. Dazu gehört die Anpassung der Verfügungszeiten u.v.m. Die Rahmenbe-

dingungen für Betreuungskräfte in den Kitas wurden trotz sich verändernder Öffnungszeiten nicht angepasst. Die Verfügungszeiten und auch die Freistellung für Leitungstätigkeit müssen dringend den heutigen Gegebenheiten entsprechend ausgeweitet werden.

Die Anforderungen an die pädagogische Arbeit steigen ständig. Zur kontinuierlichen Beobachtung und Dokumentation, der Begleitung von Bildungsprozessen, dem Schreiben der Entwicklungsberichte, den regelmäßig zu führenden Elterngesprächen, der immer an den Bedürfnissen der Kinder orientierten Umgestaltung der Räume, der Vor- und Nachbereitung der Arbeit, der Kooperation mit der Grundschule, der Zusammenarbeit mit Thera-

peuten und Frühförderstellen, dem Austausch der Kolleginnen untereinander, etc., kommt jetzt noch die Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung. Dafür gibt es noch keine konkreten Regelungen, keine Umsetzungs- und Durchführungsbestimmungen.

Wir fühlen uns mit all den Problemen allein gelassen. Das Interesse in der jüngeren Generation an dem Beruf schwindet. Die Stellen für Helfer*innen im freiwilligen sozialen Jahr können, wenn überhaupt, nur mit großer Mühe besetzt werden.

Es muss ein Umdenken stattfinden und eine belastbare Basis für die frühkindliche Bildung geschaffen werden.

Deshalb meine Forderungen:

- Dualisiertes Ausbildungssystem für pädagogische Fachkräfte
- Erhöhung der Verfügungszeiten für die Päd. Mitarbeiter*innen
- An den Bedarf der Kinder angepasste Räumlichkeiten
- Ausreichend Personal für Hauswirtschaft und Hausmeistertätigkeiten
- Freistellung der Leitung für Organisation und Management
- Mehr gesellschaftliche Anerkennung der Berufe im sozialen Bereich

Nur durch angepasste und „mitwachsende“ Rahmenbedingungen kann eine qualifizierte Arbeit in den Einrichtungen gewährleistet werden. *Heike Hildmann*

Grundsteuer auf dem Prüfstand – Reformoptionen für den Gesetzgeber



Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Im Jahr 2016 haben Städte und Gemeinden bundesweit

13,7 Milliarden Euro Grundsteuer eingenommen. Im selben Zeitraum betrugen ihre Gewerbesteuereinnahmen 50,1 Milliarden Euro. Die zur Berechnung der Grundsteuer zugrunde liegenden Regelungen des Bewertungsgesetzes zur Einheitsbewertung von Grundvermögen in den „alten“ Bundesländern sind jedenfalls seit dem Beginn des Jahres 2002 mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 10. April dieses Jahres entschieden. Eine Reform des Grundsteuergesetzes ist also geboten.

Ermittlung der Grundsteuer

Die Ermittlung der Grundsteuer erfolgt in einem dreistufigen Modell. Die Bemessungsgrundlage ist bundesweit einheitlich geregelt. Der *Einheitswert* bildet zunächst den Ausgangspunkt für die Ermittlung der Grundsteuer.

Bei den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft „Grundsteuer A“ ist der Ein-

heitswert der sog. Ertragswert, also das Achtzehnfache des durchschnittlichen, nachhaltig erzielbaren Reinertrags des Betriebs. Bei den Betriebs- und Privatgrundstücken „Grundsteuer B“ ist zu unterscheiden: Ist das Grundstück unbebaut, bildet der gemeine Wert den Einheitswert. Das ist der Preis, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Ist das Grundstück hingegen bebaut, bildet abhängig von der Art der Bebauung der Ertragswert oder der sog. Sachwert den Einheitswert. Bei Mietwohngrundstücken, Geschäftsgrundstücken, gemischtgenutzten Grundstücken und Ein- und Zweifamilienhäusern ist der Ertragswert heranzuziehen. Für seine Ermittlung ist grundsätzlich ein Vielfältiger auf die Jahresrohmierte anzuwenden. Bei den übrigen bebauten Grundstücken und in bestimmten Sonderfällen ist der Sachwert zugrunde zu legen. Er ist die Summe von Bodenwert, Gebäudewert und Wert der Außenanlagen, die durch sog. Wertzahlen dem gemeinen Wert angeglichen wird.

In der zweiten Stufe wird der Einheitswert mit der so genannten Steuermesszahl multipliziert. Diese Messzahl beträgt 2,6 – 10 von Tausend und ist abhängig davon, wo das Grundstück gelegen ist, um was für eine Grundstücksart (unbebaut, bebaut, Alt- oder Neubau) es sich handelt

und nach welchen Wertverhältnissen (01.01.1964 West bzw. 01.01.1935 Ost) der Einheitswert zu ermitteln ist. Die Summe bildet den *Grundsteuermessbetrag*, der vom Finanzamt festgestellt wird. Dieser Betrag wird in der dritten Stufe mit einem von der jeweiligen Kommune bestimmten Hebesatz multipliziert. Dieser bestimmt die tatsächliche Höhe der Steuer.

Die Grundsteuer vorm Bundesverfassungsgericht

Für die rund 35 Millionen Grundstücke in Deutschland war ursprünglich vorgesehen, die Einheitswerte alle sechs Jahre allgemein festzustellen. Bisher fand aber nur eine sogenannte Hauptfeststellung statt, und zwar zum 1. Januar 1964. Daher muss noch heute für die Einheitswerte für Grundbesitz auf die Wertverhältnisse zum 1. Januar 1964 abgestellt werden. In den neuen Bundesländern ist teilweise sogar auf die Wertverhältnisse zum 1. Januar 1935 abzustellen.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 2019 eine Neuregelung zu treffen. Sobald eine Neuregelung getroffen ist, gelten die beanstandeten Bewertungsregeln noch für

Dachdeckerei Frank Grewe

Meisterbetrieb



Ausführung sämtlicher
Dach- und Klempnerarbeiten,
Fassadenbekleidung

Am Kreuzweg 1 • 37133 Groß Schneen
Tel.: 05504 / 345 • Fax: 05504 / 1002
E-mail: info@dachdecker-grewe.de

Malerbetrieb Hoy



- Fassadenanstriche
- Vollwärmeschutz
- Fachwerksanierung
- Tapezier- und Lackierarbeiten
- Bodenbelagsarbeiten
- Dachgeschoss- u. Innenausbau

Tel. 05504 / 8130
Fax 05504 / 949669
37133 Friedland Mobil 0170 / 4905970
Gedächtnisring 16

ELEKTRO TEAM M-E-T-Z

Hauptstr. 11 • 37133 Niedernjesa
Tel. 05509 1357 • Fax 05509 2690
elektro-team-metz.de

E HANDWERK



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Vertrauensmann
Stefan Klute

Tel. 05592 999646
www.huk-friedland.de

Zimmerei & Planungsbüro

Mar in
Sebode Zimmermeister

- Neubau • Anbau • Umbau
- Nutzungsänderung • Bauzeichnungen
- Bauanträge • Baubetreuung

• Bauerweg 16 • 37133 Friedland/Ballenhausen
• Telefon (05509) 25 18 • Fax (05509) 94 29 137
• D-Netz (0172) 5 26 17 09

Gasthaus Wollenweber

Mahlmannstr. 13 • 37133 Lichtenhagen
Telefon 0 55 92 - 427



Aktuelle Infos und Speisekarten unter
www.gasthaus-wollenweber.de

weitere fünf Jahre fort, aber nicht länger
als bis zum 31. 12. 2024.

Die Zukunft der Grundsteuer – Reformoptionen für den Gesetzgeber

Was bedeutet das für den Gesetzgeber?
Es muss jetzt zügig eine einfach umsetz-
bare Lösung gefunden werden, um die
Werte für die Berechnung der Grund-
steuer verfassungsgemäß zu erheben. An-
dernfalls droht den Kommunen der Ver-
lust der Grundsteuer als wichtige Ein-
nahme.

Durch die relativ kurzen Umsetzungsfris-
ten dürfte das so genannte „Gesamtmo-
dell“ (wertabhängiges Modell) zur
Grundsteuerreform nicht umzusetzen
sein. Im November 2016 wurde es vom
Bundesrat gegen die Stimmen der Länder
Bayern und Hamburg in den Gesetzge-
bungsprozess eingebracht. Dieser hat mit
dem Ablauf der letzten Legislaturperiode
des Deutschen Bundestages automatisch
sein (vorläufiges) Ende gefunden hat.
(Diskontinuitätsprinzip)

Beim Gesamtmodell bildet bei den Betrie-
ben der Land- und Forstwirtschaft weiter-
hin der Ertragswert den nun sogenannten
Grundsteuerwert. Bei den restlichen
Grundstücken soll für diesen ein Kosten-
wert ermittelt werden. Bei den unbebau-
ten Grundstücken soll sich dieser nach
dem Bodenrichtwert errechnen. Bei den
bebauten Grundstücken soll dafür zu die-
sem sogenannten Bodenwert noch der
sogenannte Gebäudewert hinzuaddiert
werden, der sich aus den Pauschalherstel-
lungskosten unter Berücksichtigung der
Wertminderung für die Anschaffung er-
gibt.

Das Problem bei dieser Neubewertung ist
die Vernetzung der verschiedensten Da-
tenquellen. Bodenrichtwerte, Mietspiegel
und Einkommensteuererklärungen müs-
sen miteinander verbunden werden und
mit zahlreichen weiteren Parametern ver-
arbeitet werden. Der Bundesrat schätzt
selbst, dass die Bewertung bis zum Jahr
2027 dauern würde. Erst dann könnten
die Länder die Grundsteuermesszahlen
festlegen und die Gemeinden die Hebe-
sätze korrigieren. Dieses Modell wird
somit meines Erachtens wahrscheinlich
schon aus zeitlichen Gründen, nicht die



Antwort auf die Auflagen des BVerfG sein
können.

Wertunabhängige Bemessungs- grundlage – Das Flächenmodell

Vieles spricht somit für die Einführung
einer wertunabhängigen Bemessungs-
grundlage, die also nur auf die Flächen
von Grundstück und aufstehendem Ge-
bäude abstellt. Diese Parameter lassen
sich einfach und schnell ermitteln. Außer-
dem bilden die Größen von Grundstücken
und Gebäuden einen guten Indikator
dafür, in welchem Umfang die öffentli-
chen Infrastrukturleistungen genutzt wer-
den. Die Grundsteuer wäre so über die
Gebühren und Beiträge hinaus eine wei-
tere Kompensation für das öffentliche In-
frastrukturangebot (Äquivalenzprinzip).
Unterschiede im öffentlichen Infrastruk-
turangebot von Gemeinde zu Gemeinde
könnten durch unterschiedliche Hebe-
sätze berücksichtigt werden. Das Flächen-
modell hätte auch den Vorteil, dass die
automatischen Grundsteuererhöhungen
durch Wertsteigerungen vermieden wer-
den könnten. Überlegungen bei der Be-
rechnung rein auf die Grundstücksfläche
abzustellen und so einen Anreiz für effi-
zienteren Bodeneinsatz zu schaffen,
könnten ebenfalls ein mögliches Flächen-
modell sein.

CDU, CSU und SPD haben im Koalitions-
vertrag vereinbart, die Grundsteuer auf
eine feste Basis zu stellen und sie als
wichtige Einnahmequelle der Kommunen
zu sichern. Viel Zeit haben wir dafür nach
dem Urteil nicht mehr.

Wahlkreisbüro Fritz Güntzler, MdB
Reinhäuser Landstraße 5,
37083 Göttingen,
Telefon: 0551 - 73 888
Email: fritz.guentzler.wk@bundestag.de

Viel los bei der Jungen Union Friedland

Liebe Jugendliche und Junggebliebene,



in der ersten Hälfte des Jahres hat sich bei uns einiges getan. Nach unserer Jahreshauptversammlung, die dieses Jahr bei „da Paolo“ in Reckershausen stattfand, gab es eine gemeinsame Klausurtagung mit der CDU Friedland. Hierbei wurden mehrere Themenschwerpunkte erörtert und beraten, mit denen wir zusammen in den nächsten Jahren unsere Gemeinde vorbringen wollen.

Als nächstes stand das Highlight des Jahres an: Der Niedersachsentag der

Jungen Union. Dieses Wochenende ist vergleichbar mit einem Parteitag der „großen“ Parteien und fand dieses Jahr in unserem Kreisverband in Duderstadt statt. Auch wir Friedländer unterstützen hierbei tatkräftig, den über 500 Delegierten und Gästen aus ganz Niedersachsen, sowie Rednern und Ehrengästen, wie zB. verschiedenen Ministerpräsidenten sowie dem Chief Digital Officer von VW, ein erfolgreiches Wochenende zu bieten. Zwei Tage lang wurde zum Leitthema „Heimat & Hightech“ diskutiert und beraten. Viele Beschlüsse wurden gefasst und an die Landes-CDU zur Abarbeitung übergeben. Natürlich durften aber auch am Abend die entsprechenden Parties nicht fehlen!

Kurz vor den Sommerferien folgte abschließend noch die Jahreshauptver-

sammlung unseres JU-Kreisverbandes. Auf dieser wurde Marvin Munke aus Groß Schneen als Vertreter für die Gemeinde Friedland gewählt.

Die zweite Jahreshälfte werden wir uns wieder verstärkt mit Themen innerhalb unserer Gemeinde befassen. Möchtest du dich auch dafür einsetzen, etwas zu verbessern? Hast du einen Vorschlag, welches Projekt, gerade aus Sicht der jüngeren Generationen mehr Beachtung und eventuell etwas Hilfe aus der Politik benötigt? Wenn du dich mit bei uns engagieren möchtest komm einfach bei einem unserer Treffen vorbei oder schreib uns per Facebook einfach eine Nachricht! Wir freuen uns auf dich!

Mit freundlichem Gruß

Marcel Bergmann

Vorsitzende Junge Union Friedland

Grunderneuerung der K 23 zwischen Niedergandern und Hohengandern



Von Anfang März bis Anfang August war die K 23 zwischen Niedergandern und Hohengandern gesperrt. Grund dafür war die Grunderneuerung der Kreisstraße. Für ca. 2,5 Millionen Euro baut der Landkreis mit EU Fördermitteln die Straße nicht nur aus, sondern begradigte sie auch. Kritiker befürchten, dass die Straße nun zu einer Rennstrecke wird, da sie nicht nur begradigt wurde, sondern auch verbreitert und damit auf den neusten Stand gebracht wurde. Die Belastungen während des Ausbaus hielten sich für die Ortschaft Niedergandern in Grenzen. Ob der Ausbau der Straße dann zu einer höheren Verkehrsbelastung führen wird, wird sich



zeigen. Wir wollen es nicht hoffen! Auf der thüringischen Seite wurde die Straße allerdings auf der Breite von 1937 belassen. Das könnte dazu beitragen, dass manch einer lieber die Umgehungsstraße Kirchgandern/Arenshausen weiter nutzen wird.

Für den fließenden Verkehr wird es auf jeden Fall einfacher. Bei Gegenverkehr musste bislang ein Fahrzeug mindestens auf den Seitenstreifen fahren, was nicht zur Sicherheit beitrug. Die vom Landkreis getroffene Verkehrsregelung sehen wir sehr kritisch. Im Bereich der Kirche Hottenrode sollte die Geschwindigkeit aus

unserer Sicht zur Sicherheit der Kirchen- und Friedhofsbesucher bis zu dem darunterliegenden Wohnhaus geregelt werden. Das trägt auch zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr bei. Wir von der CDU Friedland werden wie in anderen Bereichen auch unser Augenmerk darauf legen.

Melchior Freiherr v. Bodenhausen



Schnelles Internet – bald in Teilen unserer Gemeinde?



Schnelle und gute Anbindungen an das Internet mit hohen Übertragungsraten von 50 MBit und mehr sind nicht nur für unsere ansässigen Unternehmer und Schulen der Schlüssel zur digitalen Außenwelt ...

Auch jeder private Nutzer in unserer Gemeinde wird spätestens dann in seiner Geduld auf eine harte Probe gestellt,

berichtet Detlev Barth den Breitbandausbau im Landkreis Göttingen und berichtete uns Mitgliedern der CDU-Fraktion ausführlich über den Stand der Maßnahmen.

Am 12. April dieses Jahres hat die Telekom den Zuschlag für den flächendeckenden Ausbau im Landkreis Göttingen erhalten. Sobald dem Landkreis der endgültige Förderbescheid des Bundes vorliegt (dieser ist im 3. Quartal noch zu erwarten) soll innerhalb von zwölf Monaten der Ausbau umgesetzt sein. Dazu hat sich die Telekom

reits vermerkt, dass diese Dörfer Anschlüsse mit 30 Mbit ermöglichen. Dies mag für einzelne Häuser zutreffen; längst nicht für alle!

Diese noch unterversorgten Häuser seien aber für die nächste Ausbaustufe vorgesehen, sodass voraussichtlich bis 2020 alle sog. „weißen Flecken“ auch in unserer Gemeinde an das schnelle Internet angebunden werden.

Sind Sie mit Ihrer Internetanbindung unzufrieden und wohnen nicht in einem der



wenn er seine Urlaubsfotos in einem Fotobuch zusammenstellen möchte und dieses online hochladen muss. Bei Übertragungsraten von 2 MBit nicht selten leider ein abendfüllendes Programm.

Wann kommt nun endlich das „schnelle Internet für alle“, das alle Parteien in Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen den Wählern versprochen haben? Auch wir von der CDU im Kreis Göttingen machen uns dafür stark, dass insbesondere auch unser ländlicher Raum nicht abgehängt wird.

In unserer letzten Fraktionssitzung vor der Sommerpause hatten wir Herrn Detlev Barth von der WRG Wirtschaftsförderung Region Göttingen eingeladen. In seiner Funktion als Geschäftsführer pro-

verpflichtet. Im Zuge des Ausbaus sollen 891 km Glasfaser verlegt werden. So werden 15.210 Haushalte (FTTC)* mit mindestens 50 Mbit/s und 836 Unternehmen (FTTB) mit 1 Gigabit/s im Landkreis Göttingen symmetrisch versorgt. In unserer Gemeinde sind folgende Orte im aktuellen Projekt des Landkreises Göttingen berücksichtigt: Teile der Dörfer Friedland und Groß Schneen sowie die Orte Elkershausen, Klein Schneen, Niedernjesa, Reckershausen, Stockhausen und Niedergandern mit Besenhausen.

Auf meine Nachfrage, was mit den kleineren Bergdörfern (Mollenfelde, Deiderode, Ludolphshausen und Lichtenhagen) sei, erhielt ich am 20. Juli von Detlev Barth die telefonische Auskunft, dass einzelne kleinere Dörfer offenbar, zum Teil auch fälschlicher Weise aus technischen Gründen aus der Ausbauplanung rausgefallen seien, weil in den Planungsunterlagen be-

oben genannten Ortschaften, die ausgebaut werden.

Schreiben sie mich an:
haepe-cdukt@web.de

Ich gebe Ihre Anliegen gerne an die WRG weiter. Weitergehende Informationen zu diesem Artikel finden Sie auch auf unserer Homepage.

Jens Haepe,
Kreistagsabgeordneter

* FTTC – Fibre to the Curb (Fiberglaskabel zum Verteiler)
FTTB – Fibre to the Building (Fiberglaskabel zum Gebäude)



Liebe Friedländerinnen, liebe Friedländer,



ein heißer Sommer neigt sich langsam dem Ende zu. Vielerorts sehen wir braune Flächen, das waren im Frühjahr noch saftige Weiden und Wiesen. Während sich die meisten von Ihnen über das schöne Wetter freuen, haben viele Probleme mit der andauernden Wärme.

Die Bauern und Landwirte beklagen Ernteauffälle, für die Tiere ist nicht genug Futter vorhanden, teilweise muss schon das Futter, das für den Winter eingefahren wurde, verfüttert werden. Einige haben gesundheitliche Probleme mit der andauernden Hitze. Man spricht vom Klimawandel und der Erderwärmung und welche Folgen das für uns bzw. für unsere Nachkommen hat.

Auch wir haben eine längere „Pause“ gemacht, werden uns nach den Ferien wieder aktiv für Sie und Ihre Belange einsetzen. Um dies effektiv zu tun, haben wir im April eine Klausurtagung durchgeführt, auf der wir uns Themen gewidmet haben, die für Sie und uns wichtig sind. Wir wollen Kommunalpolitik direkt vor Ort machen und begleiten.

Auf der Tagung haben wir lokalisiert, welche Themen wir aktiv begleiten können,

und bei welchen Themen wir etwas anregen können.

Ganz oben auf der Agenda stehen Themen, wie

- Tourismus und Kultur,
- Hochwasserschutz im Zusammenhang mit der Feuerwehr,
- Familie und Schule, hier vorrangig ein sicherer und optimaler Transport der Schüler, besonders der Grundschüler.
- Gewerbe
- und ÖPNV, und andere Möglichkeiten der Optimierung
- schnelles Internet (können wir nicht aktiv begleiten)

Wir haben uns auf der letzten Fraktionssitzung vor der Sommerpause darauf verständigt, dass noch viele Bereiche und Themen abzuarbeiten sind, bevor weitere neue Anträge und Vorhaben hinzukommen. Aus diesem Grund haben wir auf der letzten Gemeinderatssitzung Anfragen bzgl. noch nicht erledigter Punkte gestellt. Die Gemeinde ist bemüht die vielen Bereiche und Aufgaben zeitnah zu erledigen, was aber auf Grund der allgemein guten wirtschaftlichen Lage nicht einfach ist. Viele Firmen erledigen erst andere Aufträge bevor sie für die öffentliche Hand Aufträge annehmen. Dadurch verzögert sich leider. Das ein oder andere Projekt, das sehen wir, und versuchen gemeinsam mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen im Gemeinderat konstruktiv zusammenzuarbeiten damit alles

in Ihrem Sinne erledigt wird. Sie hören von uns, wir werden in den nächsten Ratsitzungen uns mit den obengenannten Themen beschäftigen und ergänzende Anträge stellen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen noch einen schönen Spätsommer, mit dem lang ersehnten Regen, möglichst nachts, und ohne Starkregen bzw. Hochwasser.

Viele Grüße
Hermann Capelle
Fraktionsvorsitzender der CDU
im Gemeinderat

Kontaktdaten und Herausgeber:

Gemeindeverband Friedland der
CDU, c/o Vorsitzender
Melchior Frhr. von Bodenhausen
Niedergandern 12
37133 Friedland
Telefon: 05504-8523
E-Mail: CDU-Friedland@gmx.de
Internet: www.cdufriedland.de
Facebook:
www.facebook.com/cdufriedland

Satz: RB Druck | 37133 Friedland
www.rb-druck.de

Verteilung an alle Haushalte der
Gemeinde Friedland



Januar 2017



Juni 2017



Juni 2017

Anbau Grundschule Friedland

Vor nunmehr fast vier Jahren hat der Landkreis Göttingen die von der Grundschule Groß Schneen genutzten Räume zum 31. 07. 2017 gekündigt. Es entstand eine lebhaft Diskussions, im Gemeinderat, in den Schulen, aber auch in der Gemeinde selbst, wie nun am besten zu verfahren und damit umzugehen sei. Die Entscheidung, ein Anbau an das bestehende Schulgebäude in Friedland, fiel schließlich im Mai 2015 im Gemeinderat mit einer breiten Mehrheit über alle Fraktionen hinweg.

Anlässlich des Abschlusses der Bauarbeiten und dem Beginn der gemeinsamen Beschulung aller Kinder wollen wir die vergangenen Jahre rund um den Umbau noch einmal in Daten und Bildern Revue passieren lassen.

Ausdrücklich möchten wir uns hier auch noch einmal bei allen Anwohnern, Lehrern und auch den Schülern bedanken, die immer wieder unter den Widrigkeiten während der Bauzeit leiden mussten!

- Mai 2015 Gemeinderat beschließt mit breiter Mehrheit, dass es künftig nur noch einen Schulstandort geben wird
- Juli 2015 Abgabefrist für Entwürfe
- März 2016 Gespräche mit Eltern- und Schulvertreter über Baupläne, Einarbeitung von Veränderungen
- Juli 2016 Abbruch der alten Aula
- November 2016 Baugenehmigung wird erteilt
- Januar 2017 Die ersten Erdarbeiten beginnen
- März 2017 Eine alte Dreikammerkläranlage wurde im Baugrund gefunden und muss zunächst abgebaut werden
- Juni 2017 Die Bodenplatte ist fertig, der Rohbau kann beginnen
- August 2017 Formale Zusammenlegung der beiden Grundschulen, die ersten Klassen werden gemeinsam eingeschult
- November 2017 Sanierung der Toiletten im Altbau, Kellerdurchbruch ist erfolgt
- Dezember 2017 Das Dach ist gedeckt, der Innenausbau kann bald starten
- Februar 2018 Fenster sind eingebaut, der Innenausbau kann beginnen
- August 2018 Gemeinsame Beschulung aller Grundschulkinder im neuen Gebäude, die Bauarbeiten sind fast beendet

Text: M. Bergmann / Bilder: CDU Friedland



Juli 2017



Juli 2017



Juli 2017



Juli 2018



Februar 2018



Dezember 2017